

Wir haben einen Aufsatz von Bridget Anderson, Nandita Sharma, Cynthia Wright aus dem 2014 von Peter Nyers und Kim Rygiel bei Routledge in London herausgegebenen Sammelband „*Citizenship, Migrant Activism and the Politics of Movement*“ für die deutschsprachige Diskussion übersetzt. Zentral ist für uns die Verknüpfung von No-Border-Politics mit der konsequenten Ablehnung von Ausbeutung und Nationalstaaten - ein Aspekt unseres Erachtens in der aktuellen deutschsprachigen Diskussion etwas kurz kommt. Wir haben den Text an ein einigen Stellen gekürzt, unter anderem haben wir die Diskussion um Commons, die für uns in der aktuellen Diskussion nicht so bedeutend ist, weggelassen. *izindaba und freund_innen*

„We are all foreigners!“

„No Borders“ als praktisches politisches Projekt¹
Bridget Anderson, Nandita Sharma, Cynthia Wright

„Nur die Kämpfe, die noch nicht mal begonnen wurden, sind von Anfang an verloren.“

Madjiguène Cissé, damalige Sprecherin der Sans Papier in Frankreich

Überall auf der Welt, vor allem in dem Teil, den der Economist die „reiche Welt“ nennt, verschärfen Nationalstaaten ihre Einwanderungspolitik. Diese staatlichen Maßnahmen finden zu einer Zeit statt, in der Migration immer wichtiger wird als Teil der Strategie von Menschen, sich Zugang zu dringend benötigten Lebensressourcen zu verschaffen. Diese können eine neue Existenzgrundlage sein, oder die Nähe zu einem wichtigen Menschen im Leben, oder die Flucht aus unhaltbaren und tödlichen Situationen wie Verfolgung und Krieg. Oder auch die Möglichkeit, neue Menschen, neue Orte und Situationen erfahren zu wollen. Die Gleichzeitigkeit von größerer Bewegungsfreiheit für Kapital und Waren als Folge neoliberaler Reformen und weniger Bewegungsfreiheit für Menschen, wird von vielen als einer der zentralen Widersprüche der Gegenwart angesehen. Wir dagegen halten die Gleichzeitigkeit von mehr Freiheit für das Kapital und weniger Freiheit für Migrant_innen überhaupt nicht für einen Widerspruch sondern für eine zentrale Grundlage des globalen Kapitalismus und des ebenso globalen System der Nationalstaaten.

Die wachsende Einschränkung der menschlichen Bewegungsfreiheit hat nicht dazu geführt, dass weniger Menschen staatliche Grenzen überqueren. Genau das Gegenteil ist der Fall. Heute sind mehr Menschen unterwegs als jemals zuvor², was nicht bedeutet, dass die Verschärfungen der Einwanderungspolitik, keine

- 1 Dieser Aufsatz ist eine überarbeitete Version der Einführung der Autorinnen für die Sonderausgabe „No Borders as a Practical Political Project“ der kanadischen Zeitschrift *Refuge* (Anderson ea. 2009)
- 2 Von 1980 bis jetzt gab es eine Zunahme der gesamten Weltbevölkerung. Daraus folgt, dass internationale Migration stabiler geblieben ist, als es die absoluten Zahlen andeuten. Trotzdem ist es wichtig, zu beachten, dass ein großer Teil der Menschen weltweit Migration weiterhin als wichtigen Teil ihrer Lebensstrategien ansieht. Im Unterschied zu 1980 wurde jedoch ihre Fähigkeit, sich Rechte nach der Migration zu sichern, stark eingeschränkt. Siehe: The Global Commission on International Migration (GCIM): *Migration in an Interconnected World: New Directions for Action*, Report (2005):1; 5-6; <http://www.unhcr.org/refworld/docid/435f81814.html> (letzter Zugriff am 20.7.2010).

Auswirkungen hätten.

Zum Beispiel haben sich durch die zunehmend militarisierten Grenzkontrollen die Kosten für Migration erhöht. Bezahlt wird mit immer mehr Geld für eine sichere Passage oder mit dem eigenen Leben. Es gibt eine wachsende Anzahl von offiziell zeitlich begrenzten Lagern (Flüchtlingslager, Internierungslager, Transitlager usw.). Und immer mehr Leichen werden gefunden, die an die Ufer gespült wurden oder in heißen Wüstentälern, auf gefrorenen Bergpässen und an anderen gefährlichen Stellen, die sie auf Grund der Grenzkontrollen passieren mussten (Nevins 2002; Fekete 2003: 2-3). Die Nationalstaaten nutzen diese Toten um zynisch zu behaupten, die größte Bedrohung für Migrant_innen seien diejenigen, die sie bei ihrer Migration unterstützen. So lenken sie von der Verantwortung ihrer eigenen Grenzkontrollpraxis ab und ebnen den Weg für die weitere Kriminalisierung von sogenannten „Menschenhändler_innen“ und „Schmuggler_innen“.

Der bedeutendere, wenn auch weniger beachtete, Effekt der restriktiven Einwanderungspolitik ist die Einschränkung von Rechten und Ansprüchen, die Migrant_innen einfordern können, sobald sie sich innerhalb von Nationalstaaten befinden. Praktisch bedeutet dies, dass die restriktiven Einwanderungspolitiken in erster Linie nicht darauf abzielen, einfach nur die Bewegungsfreiheit einzuschränken. Viel zentraler ist, dass diese Einwanderungspolitiken die Staaten befähigen, den Status zu verändern, den sie ihren Einwanderer_innen gewähren.

So bekommen aktuell immer weniger Menschen einen Aufenthaltstitel, der mit Rechten verbunden ist (z. B. „unbefristeter Aufenthalt“ oder „Flüchtling“). Immer mehr Menschen bekommen rechtlich untergeordnete Aufenthaltstitel (bis hin zum Status „illegal“) oder sind gezwungen, in unfreien Beschäftigungsverhältnissen zu arbeiten (inklusive des Status als „zeitlich befristeter ausländischer Arbeitnehmer“)³. Seit 2005 haben mehr Migrantinnen und Migranten in den USA den Status „Illegal“ bekommen als alle anderen Aufenthaltstitel zusammen. In Kanada erhalten mehr Migrant_innen einen Status als zeitlich befristete ausländische/r Arbeiter_in als einen unbefristeter Aufenthalt (Sharma 2001: 5-15; 2006)⁴. Eine solche Situation stellt den oft genannten Zweck der aktuellen Migrationskontrollen in Frage, die angeblich die Einreise in ein bestimmtes nationales Territorium begrenzen sollen. Stattdessen stellen wir fest, dass alle Maßnahmen der Migrationskontrolle zusammen viele Migrant_innen verletzbarer und ihr Leben und ihren Lebensunterhalt prekärer gemacht haben, sowohl auf ihrer Reise unterwegs als auch nachdem sie die Grenzen überwunden haben.

- 3 Ursprünglich setzten wir staatliche Kategorien der Staatsbürgerschaft und der Einwanderung in Anführungszeichen, um auf ihre Problematik hinzuweisen und ihren sozial-konstruierten Charakter hervorzuheben. Aus Gründen der einfacheren Lesbarkeit verzichten wir jetzt auf diese Praxis. *Anm. d. Übers.:* der hier benutzte Begriff „zeitlich befristeter ausländischer Arbeitnehmer“ bzw. „Arbeiter_in“ bezeichnet in Deutschland eine Person mit einer befristeten Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Erwerbstätigkeit.
- 4 Die aktuellste Statistik über „zeitlich befristete ausländische Arbeiter_innen“ in Kanada zeigt, dass es seit 2005 eine signifikant hohe Zunahme der Anzahl von Personen gegeben hat, die mit solch einem untergeordneten Aufenthaltstitel nach Kanada gebracht wurden. Laut „*Citizenship and Immigration Canada's; Facts and Figures 2009*“ lebten 282.771 „zeitlich befristete ausländische Arbeiter_innen“ am 1.12.2009 in Kanada; siehe online: <http://www.cic.gc.ca/english/resources/statistics/facts2009/temporary/02.asp> (letzter Zugriff am 22.7.2010). Für vergleichende Kanadische Statistiken siehe auch Nakache/ Kinoshita (2010).

Eine wichtige und unterschätzte Antwort auf diesen historische Entwicklung ist die Entstehung der Forderung nach No Borders. Diese Forderung entstand auf der Grundlage ethischer, politischer, sozialer und wirtschaftlicher Beweggründe, die alle miteinander verbundenen sind. Indem sie die nationalstaatlichen Souveränitätsrechte zur Kontrolle menschlicher Mobilität angreift, verweist sie auf eine neue Art von Befreiungsprojekt. Ein Befreiungsprojekt mit neuen Ideen von Gesellschaft und neuen sozialen Akteurinnen und Akteure, die sich nicht mit nationalistischen Projekten identifizieren (Projekte, die zutiefst rassistisch, sexistisch, sexualisierend sind und Klassenbeziehungen hervorbringen) (Anthias/ Yuval-Davis 1993; Balibar 1991; Potts 1990). Während sich ein praktisches politisches Projekt gegen Grenzen entwickelt, wächst die Relevanz der No Borders Politik für andere politische Projekte, die sie oft grundsätzlich herausfordert. Es ist deshalb notwendig, Zugang zu einem intellektuellen und politischen Umfeld zu bekommen, in dem die Argumente für No Borders weiter diskutiert werden. In diesem Aufsatz betrachten wir zunächst Migration als Soziale Praxis, genauso wie Grenzen und ihre Errichtung. Dann untersuchen wir einige der kritischen Antworten auf Grenzen, ihre Möglichkeiten und Begrenzungen. Wir benennen einige Schlüsselprobleme mit diesen Ansätzen, insbesondere die Annahme, dass Migration ein Problem darstellt und den nationalstaatlichen Rahmen unangefochten läßt. Wir beschreiben dann einige Elemente des No Borders Ansatzes und widerlegen die Behauptung, er sei utopisch. Und wir untersuchen die Zentralität von Migrant_innen für das allgemeinere Befreiungsprojekt, das No Borders darstellt.

Migration als menschliche Aktivität neu denken

Die Geschichten, die die Leute erzählen, weisen alle darauf hin, dass Mobilität eine zutiefst menschliche Praxis ist und keinesfalls ein absonderliches Verhalten. Auf der ganzen Welt haben Menschen sich immer bewegt und sie werden sich auch in Zukunft bewegen. Doch die staatlichen Reaktionen auf Migration und ihre oft tödlichen Folgen führten zu einer Analyse, die die Mobilität von (gewissen) Leuten ausschließlich als Folge und Ursache von Krise betrachten (Sutcliffe 2001).

Es ist wichtig festzustellen, dass sich zwar Millionen von Menschen hin und her bewegen, aber nur bestimmte Personen als „Migrant_innen“ eingestuft werden. Das hat nicht einfach nur etwas mit der Länge des Aufenthalts zu tun: ein Tourist, eine Touristin darf nur für einen kurzen Zeitraum ansässig sein, aber das gilt auch für eine Zeitarbeiterin. Es hat auch nichts mit Arbeit zu tun. Wie viele von uns, die an internationalen akademischen Konferenzen teilnehmen, schreiben sogar auf, dass wir „zum Zwecke der Beschäftigung“ anwesend sind, obwohl wir eigentlich nur Urlaub machen wollen? Wer zu den Migrant_innen gezählt wird und wer nicht, hängt davon ab, wer zählt und zu welchem Zweck gezählt wird. Das verändert sich und ist widersprüchlich. Es gibt mehrere Möglichkeiten und Maßstäbe, wie die Figur des Migranten gedacht, definiert und repräsentiert wird (sowohl abstrakt als auch konkret). Die Figur wird im allgemeinen negativ gegendert, rassifiziert und klassifiziert. US-Banker_innen, australische Rucksacktourist_innen und britische Auswanderer_innen werden im Allgemeinen nicht als Migrant_innen definiert. Es ist nicht nur der Staat, sondern eine breite Palette anderer Akteure und Akteurinnen - einschließlich lokaler Regierungen, Hochschulen, Medien, NGOs, Gewerkschaften - und die täglichen Praktiken von Einzelpersonen (sowohl von Bürger_innen als auch von Nicht-Bürger_innen), die mit- und gegeneinander arbeiten, um zu definieren und zu identifizieren, wer als Migrant_in oder Migrant_in gilt.

Aber gemeinsam haben alle diese Konstruktionen, dass die Figur „des Migranten“ vom Nationalstaat ausgeht und ihn in den Mittelpunkt stellt. Ein Mensch könnte sich tausende von Meilen bewegen oder nur ein paar Meter, aber ob er als „Migrant“ gesehen wird oder nicht, liegt letztlich daran, ob jemand eine staatliche Grenze überquert hat. Folglich beruht die rechtliche Bedeutung von Migration, auf der Idee des „Ausländers“ und arbeitet mit rassistischen und sexistischen Vorstellungen darüber, wer

ein nationales Subjekt ist und wer nicht⁵.

Der „Ausländer“ ist in den weltweiten Systemen des Kapitalismus und der Nationalstaaten eine ganz spezielle Figur. Heute ist der Ausländer und die Ausländerin jemand, denen gesetzlich (und oft sozial) die meisten, wenn nicht alle Rechte verweigert werden können, die mit der Mitgliedschaft in einem Nationalstaat verbunden sind (und dem damit verbundenen ideologischen Verständnis der Mitgliedschaft in einer Nation). Mobilitätskontrollen sind weitgehend darauf ausgerichtet, die Bewegung von Ausländer_innen zu „managen“. Jedoch als Reglementierungen menschlicher Mobilität in dem sich entwickelndem globalen System erstmals eingeführt wurden, war die Bewegung der Menschen raus aus dem Herrschaftsbereich das größte Problem. Aber, damals wie heute, standen die Kontrollen der Mobilität im direkten Zusammenhang mit der Schaffung und Aufrechterhaltung eines Proletariats, das heißt einer handelbaren Arbeitskraft für (die damals neu aufkommenden) Kapitalisten.

Zum Beispiel wurden die ursprünglichen Armengesetze in England erlassen, um sowohl die Abwanderungen der von ihrem gerade privatisierten Gemeindeland flüchtenden Bauern und Bäuerinnen zu kontrollieren, als auch um die als „Vagabunden“ klassifizierten Menschen in Arbeit zu zwingen⁶. Als sich Staaten entwickelten, wurden die Kontrollen der Mobilität der Untertanen an die nationalisierten Grenzen verlagert (Torpey 2002; siehe auch Viayas Mongi 2003). Historisch und aktuell wird die erzwungene Immobilität benötigt, um die Widerspenstigkeit der Enteigneten zu disziplinieren und sie zu produktiven Arbeiterinnen und Arbeitern zu machen, deren Arbeitskraft ausgebeutet werden kann. In der Tat, das Erfassen und Eindämmen potentieller Arbeitskraft, ihre freie Bewegung zu verhindern, ist eine zentrale Voraussetzung für die Entstehung kapitalistischer Unternehmungen gewesen. Deswegen fing man an, Pässe auszustellen, um die Ausreise von Menschen und nicht ihre Ankunft in den von unterschiedlichen Herrschergruppen kontrollierten Gebieten kontrollieren (Torpey 2002). Mobilität aus einem bestimmten Raum heraus wurde als ein großes Problem von und für diejenigen definiert, die einen zuverlässigen Zugang zu Arbeitskräften benötigten. Dazu bemerken Papadopoulos, Stephenson und Tsianos: „Es ist kein Zufall, dass sich das Wort Mobilität nicht nur auf Bewegung bezieht, sondern auch auf das gemeine Volk, die Arbeiterklasse, den Mob“ (2005: 55). Es war dieser Mob und seine Versuche vor Enteignung und Ausbeutung zu fliehen, die zu einer der größten Bedrohungen für den Erfolg des Kapitalismus wurden. Und es war zum Teil die Durchsetzung ihrer Sesshaftigkeit, die dazu beigetragen hat, den Erfolg des Kapitalismus zu gewährleisten. Das Wort „Staat“ leitet sich von „Stasis“ oder Unbeweglichkeit ab.

So waren die Kriminalisierung menschlicher Mobilität und die Weigerung, illegalisierten Einwanderer_innen einen Zugang zu Ressourcen, Dienstleistungen und Rechten zu schaffen, wichtige Bausteine für die Formierung des modernen Proletariats. Damals - wie heute auch - diente es als Methode, billige Arbeitskraft zu schaffen. Sucheta Mazumdar bemerkte dazu, dass erst nach dem Ende des Sklavenhandels neue Staaten und Institutionen Grenzen markierten und Pässe ausstellten, in einem Kontext, in dem Migrant_innen und Migration immer noch vom Erbe der Sklaverei, Apartheid und verschiedenen Formen unfreier Arbeit geprägt waren (2007: 128). In der ehemals kolonisierten Welt sind sowohl Einwanderungskontrollen und die Ausweisung von sogenannten „nicht-indigenen“ Arbeiter_innen als auch andere Formen von staatlich geförderter Fremdenfeindlichkeit Merkmale von vielen der neuen unabhängigen Staaten (Adepoju 2007: 163).

Diese Prozesse wurden verdeckt und gefördert durch Nationalismus, der, wie Benedict Anderson bemerkt, „der umfassendste legitimierte Wert im politischen Leben unserer Zeit darstellt“

5 Zu Reflexionen über die Gemeinsamkeiten von „innerstaatlicher“ und „internationaler“ siehe Feldmann; 2007

6 Über Vagabunden im europäischem Kontext siehe Lucassen 1997

(1991: 3). In den nationalistischen Erzählungen wird „das Volk“ als an bestimmte Länder gebunden betrachtet, entweder auf eine ursprüngliche Weise (sie selbst werden als im Land „verwurzelt“ dargestellt) oder aufgrund von Vorsehung (sie waren dazu „bestimmt“ in bestimmten Ländern zu sein)⁷. Diese Erzählungen haben - zusammen mit den Mobilitätsbeschränkungen und der weitgehenden Entrechtlichung jener, die ohne Erlaubnis migriert sind - bewirkt, dass das Verhältnis der Menschen zum Raum, zu ihrer Arbeit, zu der Fähigkeit, sich am Leben zu halten und zueinander *territorialisiert* wurde. Die Höhe des Einkommens, der Zugang zu Lohnarbeit, zu Rechten, zu Sozialleistungen, zu Land usw. sind alle gebunden an die Anerkennung eines legalen Aufenthalts in einem bestimmten Territorium. So wurden durch die Versuche, die Menschen immobil zu halten, „Körper *territorialisiert*, Menschen Subjekte eines spezifischen Territoriums, einer souveränen Macht“ (Papadopoulos et al. 2008: 48). So wie Rechte und Lebensbedingungen *territorialisiert* wurden, so wurden auch die Subjektivitäten der Leute *territorialisiert*.

Grenzen sind folglich durch und durch ideologische Konstrukte. Sie sind produktiv und schöpferisch. Sie setzen Menschen in neue Arten von Machtbeziehungen mit anderen. Darüber hinaus sind sie nicht unveränderlich, obwohl ihre Arbeit vor allem darin besteht, fest zu legen, zu kategorisieren, Menschen in Machtbeziehungen zu setzen. Und sie werden nicht nur territorial gezogen. Sie schreiben zwangsläufig das „Innerhalb“ eines jeden Nationalstaates genauso ein, wie das „Außerhalb“ (Ngai 2004; siehe auch Nyers 2008). Grenzen (ver)folgen Menschen und umzingeln sie, wenn sie Zugang zu Lohnarbeit, Sozialleistungen, Gesundheit, Arbeitsschutz, Bildung, Bürgervereinen und Gerechtigkeit suchen (Balibar 2004: 109). Michael Walzers Angst vor „Tausend kleinen Festungen“, die nach seiner Vorhersage die Folgen einer grenzenlosen Welt wären, entspricht bereits der Realität, obwohl diese Grenzen weitgehend unbemerkt von Bürger_innen passiert werden, die den Zugang für selbstverständlich halten (Walzer 1981).

Doch auch wenn Bürger_innen annehmen, dass ihnen freier Zugang gewährt wird, sind sie nicht von der Macht der Grenzen befreit und deren Auswirkungen sind sowohl direkt als auch indirekt. In Britannien hat die Angst vor „foreign national terrorists“ (ausländischen Terrorist_innen) zur Entwicklung von Sicherheitsgesetzen geführt. Diese gaben ursprünglich dem Staat die Möglichkeit, Nicht-Staatsangehörige auf unbestimmte Zeit und ohne Gerichtsverhandlung zu inhaftieren, wenn eine Gerichtsverhandlung Geheimdienstinteressen gefährdet. Als diese Praxis als diskriminierend befunden wurde, wurde sie nicht beendet, sondern auch auf Staatsangehörige ausgeweitet. Der Verlust von Bürgerrechten für Staatsangehörige lässt sich oft durch die Behandlung der Nicht-Staatsangehörigen vorhersagen.

Indirekter ist der Zusammenhang bei der weit verbreiteten Behauptung von Arbeitgeber_innen, dass heimische Arbeiter (von welcher Nationalität auch immer) „faul“ sind und Migrantinnen und Migranten eine gute Arbeitsmoral besitzen. Es sind die Einwanderungskontrollen, die den Arbeitgeber_innen mehr Macht über migrantische Arbeiter_innen geben, besonders über die Neuankommenden oder über diejenigen, die durch ihren Aufenthalts-Status von ihnen abhängig sind. Eine Macht, die Arbeitgeber_innen nicht über Staatsbürger_innen besitzen. Während diese Spaltungen oft naturalisiert und in Begriffen von Kultur und nationalen Stereotypen ausgedrückt werden, werden sie direkt hergestellt und haben den zusätzlichen Vorteil, Arbeiterinnen und Arbeiter mit Bürgerrechten zu disziplinieren und Ressentiments und Konkurrenz statt Solidarität zu fördern.

An der Grenze werden nicht nur „harte Arbeiter und Arbeiterinnen“ hergestellt, sondern auch „brave Frauen“, die die patriarchale Familie nicht herausfordern, „heterosexuelle Jungs und Mädels“, die sich sexuell korrekt verhalten, „gute Eltern“, deren Elternschaft darin besteht, den Bedarf an „braven Kindern“ zu decken - und alles überwacht durch die Einwanderungsbestim-

mungen. Solche Bestimmungen stützen sich auf die ideologische, ja geradezu fantastische Darstellung der „Nation“, die der Staat verkörpert⁸.

Die zeitlichen Aspekte der Migration und ihren Folgen strukturieren sowohl die Erfahrungen der Menschen mit Grenzen als auch zunehmend die staatlichen Reaktion auf Migration. In der Lage zu sein, sich eine Zukunft vorstellen zu können, in der mensch vorkommt, (auch wenn zum Zeitpunkt der Vorstellung die Person mit ihrem momentanen Leben zufrieden ist), das Gefühl zu haben, dass mensch etwas voraussehen und Risiken eingehen kann, den Sinn für Möglichkeiten zu haben, dies sind bedeutende Aspekte menschlicher Erfahrung und Subjektivität. Einwanderungskontrollen und die Beziehungen, die sie erzeugen, untergraben dies und können Menschen zwingen, in einer ewigen Gegenwart zu leben. Untersuchungen über Menschen, die ohne eine Arbeitserlaubnis arbeiten, stellen z.B. fest, dass die extreme Unsicherheit ihrer Situation zur Verlängerung ihrer Arbeitszeit und Verstärkung ihrer Mühe führt und so zu einer erhöhten Rentabilität für ihre Arbeitgeber_innen.

Die Zeitlichkeit von Grenzen meint, dass Migrant_innen mit einer verlängerbaren Arbeitserlaubnis, Inhaber_innen eines Aufenthaltstitels, der an eine existierende Ehe gebunden ist, Kinder und Student_innen in einem Abhängigkeitsverhältnis von anderen leben, um weiterhin rechtlich anerkannt in einem Staat leben zu können. Die, die mit befristeten Aufenthaltstiteln da sind, wie diejenigen, die sich den jahrelangen Herausforderungen aufenthaltsrechtlicher oder asylrechtlicher Probleme stellen müssen, finden sich selbst mit verheerenden Folgen in einer Zeit festgehalten. Aber die Zeit bleibt nicht stehen: Verwandte können sterben ohne besucht zu werden, Kinder werden zu alt und verlieren das Recht bei Eltern bzw. Betreuer_innen zu sein, Chancen werden verpasst. Solche Konsequenzen haben sich verschärft, seitdem die Staaten ihre territorialen Grenzen verstärkt und die Möglichkeiten von Menschen beschnitten haben, Nationalstaaten zu verlassen, in denen sie als Illegalisierte leben müssen.

Es gab einen wichtigen, bislang kaum beachteten Wandel der Staaten, mittels Förderung von Zeitarbeiter-Programmen und wachsenden Hindernissen bei der Erlangung der Staatsangehörigkeit eine immer größer werdende Kontrolle über diese zeitlichen Aspekte der Mobilität auszuüben.

8 Das wird z.B. deutlich bei einem neuen „Citizenship Guide“, den der kanadische Staat 2009 veröffentlichte. Gedacht als Lernhilfe für neue Anwärter_innen auf die kanadische Staatsbürgerschaft, definiert es Kanadisch sein in deutlich neoliberalen Begriffen – ein Anwärter oder eine Anwärterin muss arbeiten und in einer von staatlichen Leistungen unabhängigen Familie leben. Er reproduziert alte rassistische und koloniale Zuschreibungen. Neben der Aufforderung, einen Job zu bekommen, sich um die eigene Familie zu kümmern und entsprechend seinen Fähigkeiten hart zu arbeiten erzählt der Guide Immigrant_innen, dass Kanada ein Ort ist, wo „Männer und Frauen vor dem Gesetz gleich sind“ und warnt sie, dass „Kanadas Offenheit und Großzügigkeit sich nicht auf barbarische kulturelle Praktiken bezieht, die Missbrauch in der Beziehung, >Ehrenmorde<, weibliche Genitalverstümmelung oder sexistische Gewalt tolerieren“ (siehe: Citizenship and Immigration Canada 2009). Während Männergewalt gegen Frauen, signifikante Einkommensunterschiede zwischen Männer und Frauen, sexueller Missbrauch von Kindern und andere abscheuliche Aktivitäten keine unbekannteren Erscheinungen in Kanada sind, werden „Immigrant_innen“ ideologisch von „Kanadadier_innen“ getrennt und so die Überlegenheit letzterer festgeschrieben.

7 Kritische Anmerkungen zu „nationalistischen Historiographien“ im asiatischen Kontext bei Mazumdar 2007

Protest neu denken:

Jenseits von Staatsangehörigkeit und Menschenrechten

Die Widersprüche und Ungerechtigkeiten von Grenzen sind nicht unbemerkt geblieben. In den vergangenen Jahren gab es verstärkt Debatten über die immanente Spannung innerhalb des liberalen Projekts zwischen eingebildeter nationaler Zugehörigkeit einerseits, und universellen Menschenrechten auf der anderen Seite. Es gab viele Ansätze, die Idee von Staatsbürgerschaft mit den Menschenrechten kompatibel zu machen, sowohl theoretisch als auch in der Praxis, und Einwanderungskontrolle zu „humanisieren“.

Zu den weltweit wichtigsten - und äußerst problematischen - zählen die angeblichen Bemühungen (ob von Staaten, Polizeiorganen, NGOs, religiösen Gruppen oder Frauengruppen) den „Menschenhandel“ zu beenden. Es ist das Opfer von Menschenhandel - oft dargestellt als eine Frau in der Sexindustrie - das jetzt zum Symbol der Sorge um Nicht-Staatsangehörige geworden ist (bis zum letzten Jahrzehnt war es noch der „Flüchtling“) (Sharma 2003; Kempadoo 2005, 2007; Anderson 2010; Brace 2010). Unter dem Label des Kampfes gegen „Menschenhandel“, werden Einwanderungskontrollen und Aufrüstung an der Grenze mit dem Argument legitimiert, sie seien ein notwendiger Schutz für Migrant_innen, insbesondere seitdem Illegalisierte „verletzliche und oft verzweifelte Menschen“ sein können (United Kingdom Home Office 2007). Der Sprachgebrauch von Schadensverhütung und Schutz, der in den Einwanderungsbehörden Eingang gefunden hat und jetzt auf globaler Ebene verwendet wird, ist extrem mächtig. Während der Umfang von positiven Pflichten umstritten sein kann, ist die Verhütung von Schaden etwas, worüber sich Menschen mit sehr unterschiedlichen politischen Meinungen relativ leicht einigen können. Das bedeutet, dass Grenzen zunehmend als Punkte der humanitären Intervention dargestellt werden, wo Staaten sowohl die heimischen Arbeitskräfte und Unternehmen vor unfairem Wettbewerb als auch Migranten und Migrantinnen vor Missbrauch und Ausbeutung schützen.

Das Problem mit dem Sprachgebrauch von Humanitarismus und „Menschenrechten“ lässt keinen Raum für Subjektivitäten, Teilnahme und Aktionen von Migrant_innen. Sie werden konstruiert als Objekte der Kontrolle, Rettung und Erlösung, und nicht als vollwertige menschliche Wesen (Kempadoo 2007; 81). Wie Brace in ihrer Untersuchung der Politik des Abolitionismus geschrieben hat:

Wenn Du die Machtlosigkeit attraktiv findest, dann lässt Du Dich auf eine Politik ein, die keine Kraft für Veränderung hat, weil sie weder in der Lage ist, sich auf Kompetenzen, Unvorhergesehenes und Vielfalt einzulassen, noch sich in die Angelegenheiten der Welt einzumischen. Ein Teil des Problems sich auf die Opferrolle von Sklavinnen und Sklaven zu konzentrieren ist, dass so deren Arbeit verschwindet und es schwieriger wird, zu sehen, wie eng verwoben sie mit der Welt und einem Teil unserer eigenen moralischen Ökonomien und mit den globalen Märkten sind (Brace 2010).

Aber Migrant_innen sind nicht von Natur aus verletzlich, nein, der Staat ist durch Einwanderungskontrollen und -praktiken tief in die Herstellung der Verletzlichkeit verstrickt. Wie bereits oben dargelegt wurde: Einwanderungskontrollen sind nicht neutral sondern *produktiv*: sie produzieren und verstärken Abhängigkeits- und Machtbeziehungen. Das Problem mit der Sprache der Menschenrechten ist, dass damit der Staat als geeigneter Beschützer von verletzlichen Migrant_innen festgeschrieben wird. Die Beschäftigung mit Menschenhandel konzentriert sich auf Grenzen und Einwanderungskontrollen und verfehlt damit den ausschlaggebenden Punkt, dass Einwanderungskontrollen die Beziehungen von Herrschaft und Unterordnung erst schaffen, die sie dann angeblich lindern. So gerät die Arbeit, die die Nationalstaaten leisten, um Illegalität und die Verletzlichkeit der (Im-)Migrant_innen zu produzieren, komplett aus dem Gesichtsfeld.

Um die Kluft und Widersprüche zwischen liberalem Anspruch und liberaler Praxis herauszustellen, kann die Thematisierung von Menschenrechten und der Trennung zwischen Menschen-

rechten und Bürgerrechten wichtig sein. In den USA und Kanada haben z.B. Forderungen nach Legalisierung von undokumentierten und prekär Beschäftigten zugenommen - obwohl die Möglichkeiten für solche politischen Optionen schnell abgenommen haben - und so die Grundlage für radikalere Alternativen geöffnet (Wright 2006; Nyers 2003). Menschenrechtsforderungen können der erste Schritt sein, um Forderungen nach Gerechtigkeit und Gleichheit auszudrücken, um einen Raum für Politik zu öffnen, in dem jene agieren können, die sonst ausgeschlossen werden (Ranciere 2004). Wir behaupten nicht, dass Anti-Abschiebe-Kampagnen keine wichtigen Kampffelder sind, aber es ist wichtig anzuerkennen, dass sie nur ein erster Schritt sind, dessen Potential nur realisiert werden kann, wenn man weiter geht, als den Nationalstaat als „neutrale“ Instanz, die das „Allgemeinwohl“ fördert, zu legitimieren. Dem Risiko, sowohl die Macht des Staates als auch die territorialen Subjektivitäten („wir“ erlauben keine Sklaverei auf „unserem Boden“) zu stärken, muss etwas entgegen gesetzt werden, und Gelegenheiten, neue Politikformen zu entwickeln, müssen ergriffen werden.

Antirassistische und transnationale feministische Darstellungen (Alexander/ Mohanty 1997; Mohanty 2003; Boyce Davies 1997) – die selbst durch Migrationsgeschichten und durch Konfrontationen gegen die „Bürgerrechtsmaschinerie“ (Burton 2003) auf das Thema gestoßen sind – begannen die Produktion von ausländischen Anderen zu untersuchen. Dieses theoretische Erbe kann zusammen mit dem Arbeiter_innen-Internationalismus erneuert und ausgeweitet werden – durch Aktive antikapitalistische No-Border-Politik.

Anstatt durch Menschenrechtsdiskurse einen abstrakten rechtebesitzenden Menschen zu konstruieren, macht es mehr Sinn, von einem theoretischen Standpunkt auszugehen, der Arbeits- und Raum-Praktiken überdenkt und grundlegend neu verknüpft (DeGenova 2010; Mezzada/ Neison 2008). Der Kampf und die Machtverhältnisse, die durch die Sprache der Menschenrechte verschleiert sein können, werden in der Sprache der Arbeiter_innenrechte sichtbar, die auch einen Aufruf zum kollektiven Handeln und Organisieren beinhaltet. Viele Aktivist_innen in den Mainstream-US-Gewerkschaften, haben seit Mitte der 1970er Jahre angefangen, die Bedeutung von Solidarität mit Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeitern zu erkennen, einschließlich der Solidarität mit Illegalisierten oder mit denjenigen, die befristete Arbeitsverträge besitzen. Papierlose Arbeiter_innen verfügen in zahlreichen Sektoren der US-Wirtschaft (z.B. in Schlüsselstädten wie Los Angeles) über strategische Macht, wie eine umfangreiche arbeitswissenschaftliche Forschung und eine beeindruckende Geschichte der Organisierung deutlich gemacht haben. In der Tat ist die Solidarität einiger Gewerkschaften oft eine Folge davon, dass Migrant_innen eine führende Rolle bei wichtigen Gewerkschaftsorganisationen übernommen haben (Bacon 2008; Delgado 1993; Moody 2007; Milkman 2000, 2006; Gordon 2005; Ness 2005; Poo/ Tang 2004).

Dies ist ein echter Fortschritt in der praktischen Politik und ist besonders wichtig, weil Einwanderungskontrollen versprechen, die nationalisierte Arbeitskraft vor der Konkurrenz durch Ausländer_innen zu schützen. Anstatt jedoch Nicht-Staatsangehörige außen vor zu halten, helfen sie dabei, eine Gruppe von Arbeiter_innen zu schaffen, die von Arbeitgeber bevorzugt werden kann, weil Arbeitgeber über sie zusätzliche Mechanismen der Kontrolle haben, einschließlich der Bedrohung durch Abschiebung. Diese Mechanismen funktionieren durch die Illegalisierung ihrer Arbeit oder durch die Möglichkeit, sie an bestimmte Arbeitgeber_innen zu binden. Die Organisierung von migrantischen Arbeitern und Arbeiterinnen unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus ist zentral und kein „freiwilliges Extra“.

Allerdings haben die meisten US-Gewerkschaften (und viele Gewerkschaften weltweit, vor allem in der „reichen Welt“) bei der Ausweitung ihrer Organisierungsbemühungen auf die Papierlosen ihren Nationalstaats-Zentrismus und ihr Eintreten für restriktive Grenzkontrollen nicht aufgegeben. Sie haben Grenzen und die Institution der nationalen Staatsbürgerschaft selbst nicht in Frage gestellt. Ihr Fokus liegt bestenfalls weiterhin darauf, bes-

sere Einwanderungsgesetze zu erreichen, während sie gleichzeitig für die weitere Sicherung der Grenzen und manchmal sogar für die Einstufung von Migrant_innen in nachrangigen Kategorien als „Gastarbeiter_in“ argumentieren. Parallel zur Organisation der derzeit im Nationalstaat befindlichen Einwanderer_innen fordern Gewerkschaften weiterhin, dass nachfolgende Migrant_innen draußen bleiben sollen (Gordon 2009)⁹. In diesem Sinne, sind die Grenzen der Solidarität von Arbeiterinnen und Arbeitern sowohl räumlich als auch zeitlich: derzeitige Einwanderer_innen werden als für die Mitgliedschaft geeignet angesehen und sind in dem erweiterten Kreis der heutigen Gewerkschaften enthalten. Zukünftige Migrant_innen werden jedoch weiterhin als Bedrohung für die Arbeitersolidarität gesehen (La Botz/ Avendano 2008).

Die Grenzen vieler zeitgenössischer Mainstream Gewerkschaftsansätze sind nicht zufällig, sie sind tief eingeschrieben in die Geschichte der nationalistischen Arbeiter_innenbewegung. Viele dieser Ansätze entstanden, um besondere Formen untergeordneter Arbeit, einschließlich migrantischer Arbeit und die Arbeit von Frauen zu beschränken oder auszugrenzen. Diese wurden typischerweise als „unfrei“ konstruiert und folglich ethnisiert, vor allem wenn Arbeiter_innen aus aktuell oder ehemals kolonisierten Gegenden kamen. Wie die Historikerin Donna Gabaccia argumentiert: „Manchmal scheint es, dass Beobachter_innen des neunzehnten Jahrhunderts Migrant_innen als unfrei etikettieren *mussten*, um sie als rassistisch unerwünscht ausschließen zu können“ (1997: 186). Im Laufe der Zeit sind die riesigen Unterschiede in den Arbeitspraktiken und den Niveaus des Zwangs zusammen gebrochen. Nicht zuletzt auch, weil es damals einen alternativen Internationalismus gab, mit sehr radikalen proletarischen Ansätzen wie die IWW (Industrial Workers of the World), und eine weltweite syndikalistische Tradition, eine Tradition, die weitgehend unterging. Wie Gabaccia abschließend sagt: „Um die freie Arbeit zu verteidigen, hatten Arbeiter-Aktivist_innen die freie Migration beschnitten. Einwanderungsbeschränkungen trugen wiederum dazu bei, im Kapitalismus einige der Ungleichheiten des Kolonialismus zu replizieren“ (ebend. 195).

Wichtig ist: nicht jede und jeder zählt als Arbeiterin oder Arbeiter, und nicht jede und jeder will als Arbeiterin oder Arbeiter zählen. Die Gender-Geschichte der Institution Lohnarbeit bedeutet, dass die Forderung nach Regulierung nicht die unbezahlte reproduktive und häusliche Arbeit - ganz zu schweigen von der bezahlten sexuellen Arbeit - angemessen umfassen kann (Federici 2004). Während wir die Wichtigkeit der gewerkschaftlichen Organisation im Kontext von Gerechtigkeit für Migrant_innen betonen, dürfen wir die Herstellung von Geschlecht, Sexualitäten, Familien und Haushalten, sowie die Herstellung von Arbeitsbeziehungen nicht vergessen, die eine Funktion und Folge von Grenzen sind. Darüber hinaus müssen wir uns an eine andere Grenze erinnern. Die Grenze zwischen dem „Öffentlichen“ und dem „Privaten“, einer zentralen Kluft innerhalb der Institution Staatsbürgerschaft (Lowe 2006). Diese Kluft wertet Arbeit ab und ordnet sie gleichzeitig nach Geschlecht, was bedeutet, dass nur bestimmte Arbeiten als Arbeit angesehen werden, wie reichhaltige feministische Untersuchungen über soziale Reproduktion, den Wohlfahrtsstaat, die Institution der Lohnarbeit und Bürgerschaft und Immigration verdeutlicht haben (siehe Behabib/ Resnik 2009).

Die gesellschaftliche Stellung von Migrant_innen zeigt die Begrenztheit theoretischer Wissenschaft und praktisch-politischer Projekte auf, die - explizit oder implizit - eine nationale Staatsbürgerschaft als Grundlage voraussetzen, von der aus politische Mobilisierungen, Forderungen und Rechte organisiert werden sollen (Baines/ Sharma 2003; Bosniak 2002: 339-340; Nyamnjoh 2006). Tatsache ist, dass Ansätze von NGOs, die sich auf Staatsbürgerschafts-Rechte stützen, ob auf nationaler oder transnationaler Ebene, in der Praxis sehr beschränkt sind (Gordon 2007). Keine der derzeitigen sich auf Staatsbürger-

schafts-Rechte stützenden Strukturen ist letztlich bereit, frontal das Recht von Staaten, ihre Grenzen und Territorien zu kontrollieren oder ihr Recht, Menschen auszuschließen und zu deportieren, in Frage zu stellen. Stattdessen haben sie oft versucht, unhaltbare Abgrenzungen zwischen verschiedenen Kategorien von Migrant_innen („Flüchtlinge“, „Illegale“, „Wirtschaftsmigrant_innen“ usw.) zu bestärken. Selbst Legalisierungsprogramme, die praktische Verbesserungen für das Leben einiger Individuen bringen, produzieren letztendlich nationale Subjekte und reproduzieren die Idee der Nation. Migrantinnen und Migranten müssen beweisen, dass sie sich ihre Einbürgerung „verdient“ haben. Wenn es eventuell Protest gibt, wenn „harte Arbeiter_innen“, „gute Nachbar_innen“ und „liebenswerte Eltern“ abgeschoben werden, beruht das oft auf einem kommunitärem Ideal von Zugehörigkeit. Auf der anderen Seite ist der „ausländische Strafgefangene“ eine wichtige (spektakuläre) Figur, zur Rechtfertigung von repressiver Politik und Praxis, eine Figur, dessen Abschiebung allgemein zugestimmt werden kann. Diese Gruppe ist eine wichtige Figur für die zwangsweise Durchführung liberaler Politik, ein annehmbares Gesicht der Abschiebungen (siehe Bhabha 1998). Es gibt wenige Anti-Abschiebe-Kampagnen in Solidarität mit „ausländischen Strafgefangenen“.

Außerdem verstärken Ansätze, die sich auf Staatsbürgerschafts-Rechte stützen oft eine eher passive Politik, indem Ansprüche durch Gerichte geltend gemacht werden und NGO-Ansätze die organisatorische und politische Auseinandersetzung - kurz gesagt die Politik - aus den Händen der Leute nehmen können (Neocosmos 2010). Diese Passivität wurde von einer aufkeimenden Literatur kritisiert, die eine republikanischere Version von Bürgerschaft zeichnet, die behauptet, Bürgerschaft sei „keine Institution oder kein Status, sondern eine kollektive Praxis“, wie Etienne Balibar (2000) das formuliert (...). William Walter (2008) kritisiert jedoch solch einen analytischen Rahmen, weil - auch wenn er in einigen Aspekten wertvoll sein kann - dieser Rahmen nicht in der Lage ist, solche Formen von Politik an Bord zu holen, die sich der Bürgerschaft verweigern, wie z.B. Kolonisierte. Außerdem wird das Problem der *Ausgrenzung* nicht angegriffen durch solche Versuche, Bürgerschaft unabhängig von Grenzkontrollen und kapitalistischen Sozialbeziehungen zu definieren - Beziehungen die durch Praktiken der Ausbeutung und Enteignung geschaffen wurden und immer noch darauf beruhen. Ausgrenzung ist unvermeidlich eine Begleiterscheinung von Inklusion, wie weit die Grenzen der Inklusion auch gezogen werden und wer auch immer die Grenzen zieht. Dies erfordert, über die Wiederaufnahme der Argumente von de facto- und de jure-Staatsbürgerschaft hinaus zu gehen, über neue Formen der Beziehungen zueinander nach zu denken, die sich vom Modell der Staatsbürgerschaft und des bürgerlichen Subjekts unterscheiden.

Elemente eines No Borders Ansatzes

Seit der Erschaffung des allerersten illegalisierten Menschen, wurden Kontrollen menschlicher Mobilität, wo auch immer sie stattfanden, abgelehnt. „In gewisser Hinsicht war die Macht der autonomen Bewegung das verborgene Geheimnis der Geschichte der Klassenkämpfe“ (Walters 2008: 198; siehe auch Rodriguez 1996). Einige haben eine philosophische Ablehnung der Begrenzung der menschlichen Aktivität der Migration verfasst. Andere haben die Territorialisierung ihrer Subjektivität und ihrer Beziehungen abgelehnt. Wieder andere haben Versuche zurückgewiesen, zu einem Leben gezwungen zu werden, das aufgrund von Enteignung, Terror und /oder Verarmung untragbar geworden ist. Auch massenhafte Grenzkontrollen haben es nicht geschafft, den Wunsch von Menschen, sich zu bewegen und sich bewegen zu müssen, vollständig einzudämmen. In diesem Sinne kann gesagt werden, dass eine alltägliche Praxis der Ablehnung von Grenzen schon so lange existiert, wie es Grenzen gibt.

Die heutige No Borders Politik jedoch ist Mitte der 1990er Jahre entstanden. Sie ist bestimmt durch die Infragestellung der Legitimität von Migrationseinschränkungen und den Unterschieden

⁹ Zu einer interessanten Debatte innerhalb der US-Arbeiter_innen-Bewegung über die Politik von Open Borders siehe La Botz/ Avendano 2008

zwischen „nationalen“ oder sogar „regionalen“ oder „kontinentalen“ (z. B. „europäischen“) Bürger_innen und ihren Ausländer_innen. Was eine No Borders Politik von anderen Ansätzen für die Rechte von Einwanderer_innen unterscheidet, ist ihre Weigerung, sich mit sogenannten „gerechteren“ Einwanderungsgesetzen zu begnügen (höhere Anzahl, legaler Status usw.). Innerhalb einer No Borders Politik versteht es sich, dass die Grenzkontrollpraktiken der Nationalstaaten nicht nur die ungleichen Rechte von Menschen widerspiegeln (wessen Bewegungen als legitim angesehen werden und wessen nicht), sondern, dass sie auch diese Ungleichheit erzeugen. Ihre Hauptforderung ist, dass jeder Mensch sowohl die Freiheit hat, sich zu bewegen, als auch in einer Zeit der massiven Enteignungen und Vertreibungen die gleichzeitige Freiheit besitzt, nicht bewegt zu werden, das heißt zu bleiben.

Eine No Borders Politik ist weit davon entfernt, die Bedeutsamkeit von Staatsbürgerschaft zu betonen, und stellt die Legitimität des globalen Systems der Nationalstaaten und des damit verbundenen globalen Systems des Kapitalismus in Frage. Durch diese Forderungen erhellt die No Borders Politik die zentrale Bedeutung der Grenzkontrollen für die kapitalistischen sozialen Beziehungen. (...)

Bewegungen für soziale Gerechtigkeit müssen nicht nur die Frage der Grenze „konfrontieren“, sie müssen Grenzen ablehnen, weil sie dazu dienen, sowohl Kontrollmechanismen als auch gespaltene Arbeitsregimes auszudehnen (Mezzada/ Nielsen 2008). Auf diese Weise unterscheidet sich ein No-Border-Projekt von Forderungen nach offenen Grenzen von Rechts, die die Verfügbarkeit von Personen in den Mittelpunkt stellen, die weitgehend aufgrund von Enteignung und Vertreibung mobilisiert und verfügbar gemacht wurden (Wall Street Journal 1984; Riley 2008) Die Forderung der Rechten nach offenen Grenzen, kann als Fortsetzung der Strategie der „Akkumulation durch Enteignung“ (Harvey 2003) in neuer Form gesehen werden.

Während die meisten Assoziationen mit Ereignissen in Westeuropa verbunden ist, hat eine aktuelle No Borders Politik ihre unmittelbaren Vorgänger ebenfalls in Nordamerika und ist dort mit früheren Bewegungen für freie Mobilität verbunden. Zum Beispiel kam die beliebte No Borders Parole „Kein Mensch ist illegal“, zum ersten mal 1954 gegen die Operation Wetback auf, einem US-Regierungsprogramm, das dazu führte, dass über eine Million Menschen gezwungen wurden, die USA Richtung Mexiko zu verlassen. Die Sans Papiers (Ohne Papiere) in Frankreich sind weithin bekannt dafür, als erstes eine zeitgenössische No Borders Politik artikuliert zu haben, und brachten neues Leben in den Slogan. Hauptsächlich bestehend aus afrikanischen Migrantinnen und Migranten, die sich als „Illegale“ definiert wiederfanden, begannen sie sich 1996 als Sans Papiers zu weigern, das Recht des französischen Staates zu akzeptieren, ihr Leben zu kontrollieren, in dem er sie für „papierlos“ erklärte¹⁰. Ein Teil der Bemühungen des französischen Staates, die Auswirkungen des Aufstands zu verringern, war die Deportation von Aktivist_innen, die als Migrant_innen kategorisiert waren. Eine wichtige Antwort auf die Deportationen fand sich in der Parole, „Wir sind alle Ausländer_innen.“ Bedeutend dabei ist, dass das Motto nicht „Wir sind alle Französ_innen“, lautete. Das weist darauf hin, dass es zunehmend abgelehnt wird, die eigene Subjektivität mit dem Nationalstaat in Einklang zu bringen, durch den mensch regiert wird.

Die Ablehnung von Grenzen und den Unterscheidungen, die sie unter Menschen herstellen (als Arbeiter_in und Liebhaber_in, als Freund_in und Klassenkamerad_in usw.), kommt von einer Verschiebung des Standpunktes. Von einem sich auf Bürger_in-

nen und „ihre“ Organisationen oder „ihren“ Staat konzentrierten Standpunkt zu einem, der vom Standpunkt der Migrant_innen ausgeht. Die ersten Organisationen einer Bewegung für No Borders wurden von Migrant_innen angeführt, die darauf bestanden, dass sie legitime politische Akteure und Akteurinnen innerhalb der nationalen Politiken waren. Sie wollten oder brauchten keine Bürger-Initiativen als Deckung für ihre Aktivitäten. Solche Akte der Autonomie machten darauf aufmerksam, dass Menschen im Kampf für Freiheit, Unabhängigkeit, Demokratie, Lebensgrundlagen usw., zusammen handeln müssen mit denjenigen, die als Einwanderer_innen und Ausländer_innen definiert werden - und nicht gegen sie. Das heißt, dass die Interessen der Menschen dieser beiden kategorisch gegeneinander abgegrenzten Gruppen geteilt wurden und nicht gegeneinander standen.

Die Weigerung von Menschen, Grenzen zu akzeptieren, anzuerkennen und zu benennen ist von entscheidender Bedeutung, angesichts der typischen Entgegnung auf die Forderung nach No Borders, das sei utopisch und nicht praktikabel. Diese Entgegnung wird oft von der „Katastrophenvorhersage“ (Phillip Cole 2000) begleitet. Argumentiert wird, dass No Borders die Gleichheit und den Schutz der sozialen Sicherheit innerhalb liberaler demokratischer Staaten untergraben würde und dies Auswirkungen auf die am stärksten Marginalisierten und Benachteiligten hätte. Es wird ebenfalls behauptet, ein Fehlen von Grenzen unterminiere nationale Identitäten und die Verpflichtung auf liberale demokratische Werte. Diese dystopische Vision beinhaltet zwei-erlei Konsequenzen: die konsequente Hobbes'sche Antwort (dass Staaten Souveränität und Macht gegeben werden muss, um die Interessen ihrer Bürger_innen durchzusetzen) (ebd.) oder die damit verbundene kommunitaristische Antwort (in der nationale Staatsformationen mit der Begründung verteidigt werden, dass die Demokratie selbst nur gedeihen kann, wenn sie innen und außen stark ist) (Walzer 1981, 1983; Freeman 1986) In beiden Szenarien wird nationale Souveränität, obwohl sie potentiell ungerecht ist, als notwendiges Übel angesehen.

Diese Vorstellung muss in Frage gestellt werden. Einige entgegneten, dass eine Welt ohne Grenzen nicht so ganz anders sein würde. Es würden nicht so viele Leute migrieren, Migration habe nur eine sehr begrenzte Auswirkung auf Arbeitsmärkte, und Nicht-Migrant_innen wie Bürger_innen würden weiterhin in der Lage sein, die Privilegien der Staatsbürgerschaft zu genießen, auch wenn die sich etwas verringert haben (Hayter 2004). Wir lehnen die Politik dieser Art von Argumenten ab.

Eine radikale No Borders Politik erkennt an, dass sie Teil revolutionärer Veränderung ist. Falls erfolgreich, wird sie eine sehr tiefgreifende Wirkung auf unser ganzes Leben haben. Sie ist Teil einer globalen Umgestaltung von Ökonomien und Gesellschaften und nicht kompatibel mit Kapitalismus, Nationalismus oder staatlich kontrollierter Zugehörigkeit, wie die Staatsbürgerschaft. Eine radikale No Borders Politik ist ehrgeizig und erfordert spannende und fantasievolle Erkundungen, aber sie ist nicht utopisch. Sie ist in der Tat äußerst nützlich und wird täglich praktiziert.

Zur No Borders-Politik gehören eine Vielzahl von Einzelpersonen und Gruppen (die nicht immer unter diesem Label agieren), z.B. selbstbewusste Aktivist_innen, die die staatlichen Hindernisse gegen menschliche Mobilität direkt angreifen (Haftlager für Migrant_innen, Abschiebungen oder Vertreibungen durch Vermieter_innen). Beispiele für solche Gruppen sind die Sans Papiers in Frankreich (wie oben bereits erwähnt) und Gruppen, die von deren Aktionen inspiriert wurden, wie die Sin Papeles (Ohne Papiere) in Spanien. In Europa existiert auch ein breiteres No Borders Netzwerk, das einen losen Zusammenhang von Einzelpersonen darstellt, manchmal in Organisationen, die unzweideutig jede Kontrolle über Migration ablehnen und Demonstrationen und Solidaritätsveranstaltungen für inhaftierte Migrant_innen veranstalten. In Südafrika entstand aufgrund der jüngsten schrecklichen Welle von Angriffen auf Migrant_innen, die zu Dutzenden Ermordungen geführt hat, eine wichtige Organisation unter *shack-dwellers* (Anm. d. Übers.: Bewohner_innen von oft selbst gebauten Hütten in südafrikanischen Slums, oft auf besetzten

10 Ihre radikale Haltung und die breite Solidarität die sie von Menschen aus unterschiedlichen Schichten und mit unterschiedlichem Status erfahren stand im scharfen Kontrast zur Operation Wetback in den USA und kann als Folge der Aufstände von Paris 1968 gesehen werden (siehe: K. Ross; May 1968 and its Afterlives; Chicago; University of Chicago Press 2002).

Grundstücken). Diese haben ein mächtiges Manifest gegen diese Morde und gegen Fremdenfeindlichkeit herausgegeben, das gleiche Rechte für alle fordert (Abahlali baseMjondolo 2008).

Angestoßen durch die No Borders Politik gibt es Kampagnen, die die Nutzung des Aufenthaltsstatus als Kontrollinstrument von Migrant_innen, abschaffen wollen. Dazu gehören z.B. Don't Ask, Don't Tell Kampagnen („Nichts fragen, nichts sagen“). Diese Aktivist_innen fordern in den USA und Kanada, dass die Kriterien der Staatsbürgerschaft und unterschiedliche Aufenthaltstitel beim Zugang zu sozialen Dienstleistungen und Schutz (vor patriarchaler Gewalt, schlechten Arbeitsbedingungen usw.) keine Rolle mehr spielen dürfen. Anderswo gibt es Gruppen wie *Doctors of the World*, die ärztliche Hilfe anbieten, ohne nach dem Aufenthaltsstatus zu fragen. Solche Gruppen rufen oft zur Legalisierung (oder Einbürgerung) von illegalisierten Migrant_innen auf, um Rechte und Ansprüche zu erlangen, die derzeit auf Bürger_innen und Menschen mit einem Aufenthaltsstatus beschränkt sind.

Unter der Überschrift No Borders existieren auch Gruppen, die sich vielleicht nicht ganz der Abschaffung von Grenzen, Nationalstaaten und Kapitalismus verpflichtet fühlen, aber in ihren Alltags-Aktivitäten dringend benötigte Unterstützung anbieten. Sei es in Form von Informationen und Unterkunft oder Wasser und Essen für reisende Migrant_innen. Sei es in Gewerkschaften, die gezielt den Aufenthaltsstatus in ihrer Organisationsarbeit ignorieren oder auch speziell auf Personen Rücksicht nehmen, die keinen legalen oder einen nur zeitlich begrenzten Aufenthaltsstatus besitzen. Andere Personen und Gruppen setzen sich für die Abschaffung der vielfältigen Grenzen ein, welche die Nationalstaaten errichten, wie z.B. Gesetze über „offizielle Sprachen“ und andere „alltägliche Nationalismen“ (Billig 1995). Dazu gehören Gruppen wie *No More Deaths* (Keine weiteren Tote), die an der Grenze zwischen den USA und Mexiko arbeitet, Gewerkschaften wie *Justice for Janitors* (Gerechtigkeit für Reinigungskräfte) in den USA und Kanada und die United Food and Commercial Workers Union ebenfalls in Kanada. Indem sie für alle Arbeiter_innen in den Berufsbereichen, die sie organisieren höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und eine bessere Gesundheitsfürsorge erzielen wollen, haben diese Gewerkschaften die durch den Staat geschaffene ideologische Trennung zwischen Inländer_in und Ausländer_in überwunden. Die Ablehnung dieser ideologischen Trennung verbindet die teils unterschiedliche Kampagnen, Gruppen und Einzelpersonen innerhalb einer breiteren No Borders Politik. (...)

Eine No Borders Politik zeigt, dass Grenzen und ihre institutionellen Beziehungen, Staatsbürgerschaft sowie Staaten und Nationen labil und veränderbar sind. Einerseits bedeutet das, dass Grenzen anpassungsfähig sind, andererseits bedeutet das auch, dass ihre Autorität bekämpft werden kann. In der Tat wird ihr täglich der Kampf angesagt. Uns über das politische Potential dieser Kampfansage bewusst zu werden, ist ein wichtiger Aspekt des No Borders Kampfes.

Es ist klar, dass es viele Diskussionen und Debatten innerhalb der sich ausweitenden No Borders Politik gibt. Es gibt viele neue Gelegenheiten, praktisch zu werden. Dafür ist es notwendig auf jene Theorien zu hören, die Grenzen ablehnen, sowie den gesamten Nationalstaatsapparat, den globalen Kapitalismus und Vorstellungen die so etwas unterstützen. Wir müssen eine Perspektive finden, weg vom Kampf für differenzierte Rechte hin zu einer Anerkennung eines allgemeinen Rechtes auf Bewegungsfreiheit, auf Existenz und auf volle und gleiche gesellschaftliche Teilhabe für alle.

Literatur:

Abahlali baseMjondolo; Statement on the Xenophobic Attacks in Johannesburg (May 2008); <http://www.abahlali.org/node/3582> (letzter Zugriff 31.7.2018)

Adepoju, Aderanti; Creating a Borderless West Africa; Constraints and Prospects for Intra-Regional Migration; in: Migration without Borders: Essays on the Free Movement of People, ed. Antoine Pecoud and Paul de Guchteneire (New York:

Berghahn Books and UNESCO, 2007); <http://unesdoc.unesco.org/images/0013/001391/139142E.pdf> (letzter Zugriff 31.7.2018)

Alexander, M. Jacqui / Mohanty, Chandra Talpade; *Feminist Genealogies, Colonial Legacies, Democratic Futures* (New York: Routledge, 1997)

Anderson, Benedict; *Imagined Communities: Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*; (London: Verso, 1991), deutsch: *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts* Berlin 1998

Anderson, Bridget; *Where's the Harm in That? Immigration Enforcement, Trafficking and Migrants Rights* (paper presented at workshop Human Rights, Victimhood and Consent, University of Bergen, 10 12 June 2010) siehe auch: Anderson, B. (2012) *'Where's the Harm in That? Immigration Enforcement, Trafficking, and the Protection of Migrants' Rights'*, *American Behavioral Scientist*, 56(9): 1241-1257 (letzter Zugriff 31.7.2018)

Anderson, Bridget/ Sharma, Nandita/ Wright, Cynthia; *Editotial: Why No Borders*; *Refuge* 26:2; 2009; S. 5-18 online: <https://refuge.journals.yorku.ca/index.php/refuge/article/view/32074/29320> (letzter Zugriff 31.7.2018)

Anthias, Floya/ Yuval-Davis, Nira; *Racialized Boundaries: Race, Nation, Gender, Colour and Class and the Anti-Racist Struggle* (London & New York: Routledge, 1992)

Bacon, David; *Illegal People: How Globalization Creates Migration and Criminalizes Immigrants* (Boston: Beacon Press, 2008)

Baines, Donna/ Sharma, Nandita; *Is Citizenship a Useful Concept in Social Policy Work? Non-Citizens: The Case of Migrant Workers in Canada*, *Studies in Political Economy* 69 (Autumn 2003): S. 75-107 (Nachgedruckt in Vivian, Shalla (ed). *Working in a Global Era: Canadian Perspectives*. Toronto: Canadian Scholars Press, pp.203-222.)

Balibar, Étienne; *The Nation Form: History and Ideology*; in: Balibar, Étienne/ Wallerstein, Immanuel: *Race, Nation, Class: Ambiguous Identities* (London & New York: Verso 1991). deutsch: *Rasse Klasse Nation. Ambivalente Identitäten*; Hamburg 1990

Balibar, Étienne; *What We Owe to the Sans-Papiers*; in: *Social Insecurity*, ed. L. Guenther and C. Heesters (Toronto: Anansi, 2000) siehe auch: <http://eipcp.net/transversal/0313/balibar/en/print> (letzter Zugriff 31.7.2018) ; deutsch: *Was wir den „Sans-Papiers“ verdanken; Eine Rede aus dem Jahr 1997*, gefolgt von einer aktuellen Stellungnahme; <http://eipcp.net/transversal/0313/balibar/de> (letzter Zugriff 31.7.2018)

Balibar, Étienne; *We, the People of Europe? Reflections on Transnational Citizenship* (Princeton and Oxford: Princeton University Press, 2004); deutsch: *Sind wir Bürger Europas? : Politische Integration, soziale Ausgrenzung und die Zukunft des Nationalen*, Hamburg 2003

Benhabib, Seyla/ Resnik, Judith eds.; *Migrations and Mobilities: Citizenship, Borders, and Gender* (New York: New York University Press, 2009)

Bhabha, Jacqueline; *Get Back to Where You Once Belonged : Identity, Citizenship, and Exclusion in Europe*, *Human Rights Quarterly* 20, no. 3 (1998): 592-627

Billig, Michael; *Banal Nationalism* (London: Sage, 1995)

Bosniak, Linda; *Critical Reflections on Citizenship as a Progressive Aspiration in Labour Law in an Era of Globalization: Transformative Practices & Possibilities*, ed. Joanne Co-naghan, Richard Michael Fischl, and Karl Klare (Oxford: Oxford University Press, 2002)

Boyce Davies, Carole; *Black Women, Writing and Identity: Migrations of the Subject* (London: Routledge, 1994).

Brace, Laura; *The Opposites of Slavery: Contract, Freedom and Labour* (paper presented at workshop Human Rights, Victimhood and Consent, University of Bergen, 10 12 June 2010)

Burton, Antoinette; *Introduction: On the Inadequacy and the Indispensability of the Nation*; in: *After the Imperial Turn: Thinking with and through the Nation*, ed. Antoinette Burton (Dur-

- ham: Duke University Press, 2003)
- Citizenship and Immigration Canada, Study Guide Discover Canada: The Rights and Responsibilities of Citizenship (2009); online: <http://www.cic.gc.ca/english/resources/publications/discover/index.asp> (letzter Zugriff 13.7.2010).
- Cole, Philip; *Philosophies of Exclusion: Liberal Political Theory and Immigration* (Edinburgh: Edinburgh University Press, 2000).
- De Genova, Nicholas; *The Deportation Regime: Sovereignty, Space, and the Freedom of Movement*; in: *Deported: Removal and the Regulation of Human Mobility*, ed. Nicholas de Genova and Nathalie Peutz (Durham: Duke University Press, 2010);
- Delgado, Hector L.; *New Immigrants, Old Unions: Organizing Undocumented Workers in Los Angeles* (Philadelphia: Temple University Press, 1993)
- Dye, Thomas; *The Maka'ainana Transformation in Hawaii: Archaeological Expectations Based on the Social Effects of Parliamentary Enclosure in England*, (Honolulu: T. S. Dye and Colleagues, Archaeologists, Inc., 2009)
- Federici, Silvia; *Caliban and the Witch: Women, the Body and Primitive Accumulation* (Brooklyn, NY: Autonomedia, 2004); deutsch: *Caliban und die Hexe*; Wien 2012
- Fekete, Liz; *Death at the Border Who Is to Blame?* *European Race Bulletin* no. 44 (2003): 2-3; <http://www.irr.org.uk/news/death-at-the-border-who-is-to-blame/> (letzter Zugriff 31.7.2018)
- Feldman David; *Global Movements, Internal Migration, and the Importance of Institutions*, *International Review of Social History* 52 (2007): 105-109; https://socialhistory.org/sites/default/files/docs/feldman_irsh_2007.pdf (letzter Zugriff 31.7.2018)
- Freeman, Gary; *Migration and the Political Economy of the Welfare State*; in: *Annals of the American Academy of Political and Social Science* 485, no. 1 (1986) 51-63
- Gabaccia, Donna; *The Yellow Peril and the Chinese of Europe: Global Perspectives on Race and Labor, 1815-1930*; in: *Migration, Migration History, History: Old Paradigms and New Perspectives*, ed. Jan Lucassen and Leo Lucassen (Bern: Peter Lang, 1997)
- Gordon, Jennifer; *Suburban Sweatshops: The Fight for Immigrant Rights* (Cambridge, MA: Belknap Press of Harvard University Press, 2005)
- Gordon, Jennifer; *Transnational Labor Citizenship*, *Southern California Law Review* 80, no. 3 (2007): 503-588; https://ir.lawnet.fordham.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1493&context=faculty_scholarship (letzter Zugriff 31.7.2018)
- Harvey, David; *The New Imperialism* (Oxford: Oxford University Press, 2003) deutsch: *Der neue Imperialismus*; Hamburg 2005
- Hayter, Theresa; *Open Borders: The Case against Immigration Controls* (London: Pluto Press, 2004); <https://leedsnoborders.files.wordpress.com/2014/02/open-borders-the-case-against-immigration-controls-teresa-hayter.pdf> (letzter Zugriff 31.7.2018)
- Isin, Engin; *Theorizing acts of Citizenship*; in: *Acts of Citizenship*, ed. Engin Isin and Greg M. Nielson (London: Zed, 2008);
- Kempadoo, Kamala; *Victims and Agents of Crime: The New Crusade against Trafficking*; in: *Global Lockdown: Race, Gender, and the Prison-Industrial Complex*, ed. Julia Sudbury (New York and London: Routledge, 2005): 35-55
- Kempadoo, Kamala; *The War on Human Trafficking in the Caribbean, Race and Class* 49, no. 2 (2007): 79-85; <https://www.sas.upenn.edu/andrea-mitchell-center/sites/www.sas.upenn.edu.dcc/files/The%20War%20on%20Humans%20-%20Kempadoo.pdf> (letzter Zugriff 31.7.2018)
- LaBotz, Dan/ Avendano, Ana; *Open Borders? A Debate*, *New Labor Forum* 17, no. 1 (Spring 2008): 9-24
- Linebaugh, Peter *The Magna Carta Manifesto: Liberties and Commons for All* (Berkeley: University of California Press, 2007)
- Lowe, Lisa; *The Intimacies of Four Continents*, in *Haunted by Empire: Geographies of Intimacy in North American History*, ed. Ann Laura Stoler (Durham: Duke University Press, 2006)
- Lucassen, Leo; "Eternal Vagrants? State Formation, Migration, and Travelling Groups in Western-Europe, 1350-1914," in *Migration, Migration History, History: Old Paradigms and New Perspectives*, ed. Jan Lucassen and Leo Lucassen (Bern: Peter Lang, 1997).
- Mazumdar, Sucheta; *Localities of the Global: Asian Migrations between Slavery and Citizenship*, *International Review of Social History* 52 (2007): 124-133
- Mezzadra, Sandro/ Neilson, Brett; *Border as Method, or, the Multiplication of Labor*, *European Institute for Progressive Cultural Policies*, 03/2008; <http://eipcp.net/transversal/0608/mezzadraneilson/en> (letzter Zugriff 31.7.2018); deutsch: *Die Grenze als Methode, oder die Vervielfältigung der Arbeit*, 03/2008; <http://eipcp.net/transversal/0608/mezzadraneilson/de> (letzter Zugriff 31.7.2018)
- Milkman, Ruth ed.; *Organizing Immigrants: The Challenge for Unions in Contemporary California* (Ithaca: Cornell University Press, 2000);
- Milkman, Ruth; *L.A. Story: Immigrant Workers and the Future of the U.S. Labor Movement* (New York: Russell Sage, 2006)
- Mohanty, Chandra Talpade; *Feminism Without Borders: Decolonizing Theory, Practicing Solidarity* (Durham: Duke University Press, 2003)
- Moody, Kim; *Harvest of Empire: Immigrant Workers Struggles in the USA*, in *Socialist Register 2008 (Global Flashpoints: Reactions to Imperialism and Neoliberalism)*, ed. Leo Panitch and Colin Leys (London: 2007); <https://socialistregister.com/index.php/srv/article/view/5889> (letzter Zugriff 31.7.2018)
- Nakache, Delphine/ Kinoshita, Paula J.; *The Canadian Temporary Foreign Worker Program: Do Short-Term Economic Needs Prevail over Human Rights Concerns?* Study no. 5 (Institute for Research on Public Policy, May 2010); <http://irpp.org/wp-content/uploads/assets/research/diversity-immigration-and-integration/new-research-article-3/IRPP-Study-no5.pdf> (letzter Zugriff 31.7.2018)
- Neocosmos, Michael; *From Foreign Natives to Native Foreigners Explaining Xenophobia in Post-apartheid South Africa, Citizenship and Nationalism, Identity and Politics*. (Dakar: CODESRIA, 2010); <https://www.codesria.org/IMG/pdf/neocosmos-3.pdf> (letzter Zugriff 31.7.2018)
- Ness, Immanuel; *Immigrants, Unions, and the U.S. Labor Market* (Philadelphia: Temple University Press, 2005)
- Nevins, Joseph; *Operation Gatekeeper: The Rise of the Illegal Alien and the Making of the U.S.- Mexico Boundary* (New York and London: Routledge, 2002)
- Ngai, Mae; *Impossible Subjects: Illegal Aliens and the Making of Modern America* (Princeton: Princeton University Press, 2004)
- Nyers, Peter; *Abject Cosmopolitanism: The Politics of Protection in the Anti-Deportation Movement*, *Third World Quarterly* 24, no. 6 (2003): 1069-1093.
- Nyers, Peter; *No One Is Illegal between City and Nation*; in: *Acts of Citizenship*, ed. Engin Isin and Greg M. Nielson (London: Zed, 2008), nachgedruckt in: *Studies in Social Justice* 2010 Volume 4, Issue 2, 127-143; <http://citeseerx.ist.psu.edu/viewdoc/download?doi=10.1.1.1020.3478&rep=rep1&type=pdf> (letzter Zugriff 31.7.2018)
- Papadopoulos, Dimitri/ Stephenson, Niamh/ Tsianos, Vasily; *Escape Routes: Control and Subversion in the Twenty-First Century* (London and Ann Arbor, MI: Pluto Press, 2008)
- Passel, Jeffrey S./ Suro, Roberto; *Rise, Peak, and Decline: Trends in U.S. Immigration 1992-2004* (Washington, DC: Pew Hispanic Center, 2005)

- <http://www.pewhispanic.org/2005/09/27/rise-peak-and-decline-trends-in-us-immigration-1992-2004/> (letzter Zugriff 31.7.2018)
- Poo, Ai-Jen/ Tang, Eric; Domestic Workers Organize in the Global City; in: *The Fire This Time: Young Activists and the New Feminism*, ed. Vivien Labaton and Dawn Lundy Martin (New York: Anchor, 2004)
- Potts, Lydia; *World Labour Market: A History of Migration*; (London: Zed Books 1990); deutsch: *Weltmarkt für Arbeitskraft; von der Kolonisation Amerikas bis zu den Migrationen der Gegenwart*; Hamburg 1988
- Rancière, Jacques; Who Is the Subject of the Rights of Man?; *The South Atlantic Quarterly*; Volume 103, Number 2/3, Spring/Summer 2004; 297-310; http://cscs.res.in/dataarchive/textfiles/textfile.2010-11-27_9388690495/file (letzter Zugriff 31.7.2018)
- Riley, Jason; *The Case for Open Borders: Six Common Arguments against Immigration and Why They Are Wrong* (New York: Gotham Books, 2008)
- Rodriguez, N.; The Battle for the Border: Notes on Autonomous Migration, Transnational Communities, and the State, *Social Justice* 23, no. 3 (1996): 21-37
- Sharma, Nandita: Race, Class and Gender and the Making of Difference : The Social Organization of Migrant Workers in Canada, *Atlantis: A Women s Studies Journal* 24, no. 2 (2001); <http://citeseerx.ist.psu.edu/viewdoc/download?doi=10.1.1.843.7426&rep=rep1&type=pdf> (letzter Zugriff 31.7.2018)
- Sharma, Nandita Travel Agency: A Critique of Anti-Trafficking Campaigns, *Refuge* 21, no. 3 (2003): 53-65; <https://refuge.journals.yorku.ca/index.php/refuge/article/view/21302> (letzter Zugriff 31.7.2018)
- Sharma, Nandita: *Home Economics: Nationalism and the Making of Migrant Workers in Canada* (Toronto: University of Toronto Press, 2006)
- Sutcliffe, Bob; Migration and Citizenship: Why Can Birds, Whales, Butterflies and Ants Cross International Frontiers More Easily than Cows, Dogs and Human Beings?; in: *Migration and Mobility: The European Context*, ed. Subrata Ghatak and Anne Showstack Sassoon (New York: Palgrave, 2001).
- Torpey, John; *The Invention of the Passport: Surveillance, Citizenship, and the State* (Cambridge and New York: Cambridge University Press, 2002)
- United Kingdom Home Office; *Enforcing the Rules: A Strategy to Ensure and Enforce Compliance with Our Immigration Laws* (London: Home Office, 2007)
- Viyas Mongia, Radhika; Race, Nationality, Mobility: A History of the Passport, in *After the Imperial Turn: Thinking with and through the Nation*, ed. Antoinette Burton (Durham: Duke University Press, 2003)
- Wall Street Journal, Editorial, July 3, 1984
- Walters, William; Acts of Demonstration: Mapping the Territory of (Non-)Citizenship, in *Acts of Citizenship*, ed. Engin Isin and Greg M. Nielson (London: Zed, 2008); 182-206
- Walzer, Michael The Distribution of Membership; in: *Boundaries: National Autonomy and Its Limits*, ed. Peter G. Brown and Henry Shue (Lanham, MD: Rowman and Littlefield, 1981)
- Walzer, Michael; *Spheres of Justice: A Defense of Pluralism and Equality* (Basic Books, 1983); deutsch: *Sphären der Gerechtigkeit. Ein Plädoyer für Pluralität und Gleichheit*; Frankfurt 1992, Neuaufl. 2006
- Wright, Cynthia; Against Illegality: New Directions in Organizing By and With Non-Status People in Canada; in: *Sociology for Changing the World: Social Movements/Social Research*, ed. Caelie Frampton, et al. (Halifax: Fernwood, 2006)